

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rübchnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 10.— M., monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 30.— M., vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 50 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechsseitige Grundzeile wird mit 1,50 M. für auswärtige Besteller mit 1,75 M. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreiseitige Zeile 3,50 M. für Auswärtige 4.— M. Schluss der Anzeigennahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 16

Donnerstag, den 19 Januar 1922

72. Jahrgang

Bekanntmachung.

Verschiedene in der letzten Zeit vorgekommene Uebersetzungen lassen erkennen, daß die bestehenden Mieterschutzbestimmungen nicht die nötige Beachtung finden. Die unterzeichneten Gemeindevorstände machen deshalb hiermit erneut auf die nachstehenden Vorschriften nachdrücklich aufmerksam, deren strikteste Durchführung in ansehnlicher Weise der außerordentlich großen Wohnungsnot unentbehrlich ist.

1. Jede freiverwendende Wohnung ist dem Wohnungsnachweis zu melden.
2. Wohnungskündigungen, die ohne Genehmigung des Einigungsamtes erfolgen, sind rechtsunwirksam.
3. Die Vermietung von Wohnräumen findet nur durch das Wohnungs- bzw. Einigungsamt statt. Der Vermieter darf frei gewordene Wohnräume keinem anderen als dem ihm vom Wohnungsamt zugewiesenen Wohnungssuchenden vermieten. Auch bauliche Veränderungen dürfen ohne Genehmigung der Gemeindebehörde nicht vorgenommen werden.

Zumiderhandlungen gegen diese Anordnungen werden unanfechtlich bestraft.

Sobndorf, am 16. Januar 1922. Ködlich, Der Gemeindevorstand. Der Gemeindevorstand. Schuster. Reinhold.

Bekanntmachung.

Wir bringen nachstehende (*) Ministerialverordnung zur öffentlichen Kenntnis. Die darin erwähnten Unterstützungsgesuche sind von Einwohnern der Stadt Lichtenstein-Callnberg spätestens bis zum 20. Februar d. J. hier einzureichen.

Stadtrat Lichtenstein-Callnberg — Wohlfahrtsamt — am 18. Januar 1922.

Zum Gebrauche sächsischer Heilquellen und zum Besuche sächsischer Bade- und Luftkurorte sind auch für dieses Jahr Unterstützungen an sächsische Landesbewohner zu vergeben.

Insbesondere können Personen, die einer Kur in Bad Elster bedürfen,

auf die Dauer von vier Wochen

- 1) halbe Freistellen, bestehend in freien Kurmitteln, freier ärztlicher Behandlung und Befreiung von der Kurgebühr oder
- 2) ganze Freistellen, bestehend in freien Kurmitteln, freier ärztlicher Behandlung, Befreiung von der Kurgebühr und in Gewährung von Wohnung und Verpflegung gegen einen Beitrag (s. nächsten Absatz) erhalten.

Ganze Freistellen können nur in sehr beschränkter Zahl und nur dann bewilligt werden, wenn der Gesuchsteller einen wesentlichen Beitrag (mindestens 450 Mark) aus eigenen Mitteln oder von dritter Seite (Wohlfahrtsvereine, Dienst- oder Anstaltsbehörden, Krankenkassen, Vereine, Stiftungen, usw.) aufbringt.

Während der halben Freistellen in der Zeit vom 15. April bis 15. Oktober nach Belieben gebraucht werden können, ist der Antrittstermin für die ganzen Freistellen auf den 15. dieser Monate festgelegt.

Die Unterstützungsgesuche sind unter ausführlicher Darlegung der Familien-, Erwerbs-, Einkommens- und sonstigen Verhältnisse

spätestens bis zum 20. Februar 1922

beim zuständigen Wohlfahrtsamt (Fürsorgeamt) einzureichen. Herzliche Zeugnisse (Vordruck B) sind zunächst nicht beizufügen; sie werden erst nach Prüfung der persönlichen Verhältnisse von den Wohlfahrtsämtern eingefordert werden.

Gesuche, die nach dem 20. Februar 1922 eingeht, können nur in Ausnahmefällen berücksichtigt werden.

Rechts-, Staats- und Gemeindebeamte und deren Angehörige werden mit ihren Baderkur-Unterstützungsgesuchen ebenfalls an die Wohlfahrtsämter (Fürsorgeämter) verwiesen.

Dresden, 14. Januar 1922.

Ministerium des Innern.

Ernstere Beratungen.

Der Auswärtige Ausschuss.

Berlin, 18. Dezember. Wie wir über die heutige Sitzung des Reichstagsauschusses für auswärtige Angelegenheiten erfahren, waren neben dem Reichskanzler und Dr. Rathenau fast sämtliche Reichsminister mit den Staatssekretären und Räten anwesend. Auch von den dem Ausschuss angehörenden Abgeordneten fehlten nur wenige. Auch Stinnes nahm an den Beratungen teil. Unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung nahm Rathenau das Wort. Seine Rede dauerte eineinhalb Stunden. Um 1 Uhr begann die Aussprache, die eröffnet wurde von dem Abg. Helfferich, der, wie verlautet, schwere Angriffe gegen die Regierung richtete. Die Sitzung wurde schließlich abgebrochen und auf heute nachmittags 4 Uhr vertagt.

Berlin, 18. Januar. Nachdem in der Vormittags-Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages außer dem Reichskanzler und Dr. Rathenau nur der Abgeordnete Helfferich über die Verhandlungen in Cannes gesprochen hatte, nahm am Nachmittag zunächst der Abgeordnete Stinnes das Wort und richtete scharfe Angriffe gegen Dr. Rathenau. Er erklärte, daß eine Erleichterung in der Reparationsfrage nicht zustande gekommen wäre. Rathenau verlangte den Anlauf von Rohmaterial in größtem Stille. Dem sei entgegengehalten, daß derartige Anläufe auf die deutsche Balute genau so wirken müßten, wie der Anlauf von Teufeln, da keine Gegenwerte ins Land zurückfließen. Rathenau erhob sich sofort, um Stinnes entgegenzutreten. Hierbei ging Rathenau sehr ausführlich auf das Wiesbadener Abkommen ein, um sich dann mit der Auswirkung von London, Paris und Cannes zu beschäftigen. Auch Reichskanzler Dr. Wirth war am Nachmittag wieder anwesend. Er sprach jedoch nicht und verließ die Sitzung, nachdem der Abgeordnete Breitscheid gesprochen hatte. Ferner brachen in der Nachmittags-Sitzung noch die Abgeordneten Gothein (Dem.), Dr. Heim (Bayr. Vp.) und abermals Dr. Helfferich. Den Schluß bildeten weitere Darlegungen von Dr. Rathenau. Die Verhandlungen werden bei Gelegenheit der Erörterung über die bevorstehende Konferenz in Genäu im Auswärtigen Ausschuss demnächst weiter fortgesetzt werden.

Am Nachmittag tagte auch die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag, die sich mit dem Steuerkompromiß befaßte, dessen Ballendung man als unmittelbar bevorstehend ansieht. Ob der Reichskanzler morgen nachmittags im Plenum des Reichstages sprechen wird, steht noch nicht fest, gilt jedoch für unwahrscheinlich.

Ueber die Einzelheiten der Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses wird strengstes Stillschweigen bewahrt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Die am Freitag Vormittag beginnende Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder wird etwa um 1 Tag dauern. Es wird wahrscheinlich mit einer Rede Dr. Wirths über die wichtigsten außen- und innenpolitischen Fragen eingeleitet werden.

* Am Dienstag früh registrierten deutsche Erdbebenstationen ein mehrere Stunden währendes starkes Erdbeben, dessen Herz 8500 Kilometer entfernt war und im Meere bei Kamtschatka oder bei der Halbinsel Alaska zu suchen sein dürfte.

* Am Schluß einer kommunistischen Versammlung in Köln wurden Flugblätter verteilt, die zum Generalstreik aufriefen, um die Freilassung der politischen Gefangenen zu erwirken.

* Wie gemeldet wird, werden außer den Vereinigten Staaten alle Nationen Europas — etwa 25 an der Zahl — zur Teilnahme an der europäischen Wirtschaftskonferenz, die am 8. März in Genäu beginnt, eingeladen. Es werden an der Konferenz etwa tausend Personen beteiligt sein. Wie verlautet, haben bereits die meisten der Eingeladenen ihre Annahme mitgeteilt.

* Der „Tagesanzeiger“ meldet aus Rom: Hier ist am Dienstag die Zustimmung Amerikas zur Konferenzteilnahme eingegangen mit dem Vorbehalt, daß die amerikanischen Delegierten nur informativ an den Besprechungen teilnehmen können.

* Präsident Harding hat dem Senat den Bericht der Kommission übergeben, welche den Bau eines Wasserwegs von den großen amerikanischen Seen zum Atlantischen Ozean empfiehlt.

Deutsches Reich

Seminarsfragen im Landtage.

Dr. Dresden. Der Haushaltsausschuss A des Landtages behandelte am Dienstag das Gutachten betreffend die Seminare. Auf eine Reihe von Anfragen erklärte der Regierungsvertreter, daß die Umwandlung der Seminare nahe bevorstehe. Der Entwurf habe am Montag dem Gesamtministerium vorgelegen und werde in nächster Woche dem Landtage zugehen. Von der linken Seite wurde bemängelt, daß noch zu viel Theologen als Leiter der Seminare tätig seien und es wurde behauptet, daß bei der Stipendienverteilung fromme Kreise bevorzugt würden. Die mehrfach noch üblichen Andachten würden als unzeitgemäß scharf bekämpft und es wurde erklärt, daß in dieser Beziehung noch eine sehr müßige Lust in den Seminaren herrsche. Der Regierungsvertreter antwortete mit dem Hinweis, daß nach dem bestehenden Gesetz die über 14 Jahre alten Schüler freie Entscheidung in der Religionsfrage hätten, auf Bestfragen mußte der Regierungsvertreter erklären, daß dem Ministerium bisher keine einzige Beschwerde auf diesem Gebiete vorgebracht worden sei. Abmeldung der Schüler vom Religionsunterricht sei nur in ganz wenigen Fällen vorgekommen, die auch schon über ein Jahr zurückliegen. Sodann wurde bemängelt, daß im Landtage bei den Beratungen zur Umstellung der Seminare keinerlei Möglichkeit zur Mitwirkung gegeben worden sei. Die Ausschuss-

Beispiele.
ab 7 Uhr:
3 Abtlg.
adel.
6 Aktien.
Wirtschaft.
Einnahme.
Hoff Käfig.
ff- und
ht - Lauben
verkauft
ard Kiedel,
Ristenweg.
r Osterjunge
irtschaft gesucht.
d. d. Gesch. d. S.
artung!
der Frau) sofort
Lohn gesucht.
im „Tageblatt“
efferner
lierofen
fen.
i. der Geschäftsp.